

Beschluss (vorläufig) Für Frieden in Freiheit. Konsequenz europäisch Handeln.

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 29.11.2025
Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

Antragstext

- 1 Vor achtzig Jahren gab sich die Staatengemeinschaft ein Versprechen: gemeinsam
2 für eine Welt einzustehen, in der Kooperation stärker ist als Krieg und
3 Konkurrenz. In Europa sehen wir jeden Tag, dass sich dieser Einsatz lohnt. Einst
4 trennten uns Frontlinien, Stacheldraht und Mauern. Heute verbindet uns das
5 gemeinsame Ziel, für Frieden, Freiheit, die Achtung der Menschenwürde, die
6 Wahrung der Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
7 einzutreten. Die Europäische Union ist bis heute Hüterin für diese Werte und
8 Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Unsere Aufgabe bleibt es, sie nach
9 innen und außen zu verteidigen, zu stärken und universell durchzusetzen. Als
10 erfolgreichstes Friedensprojekt seit dem Zweiten Weltkrieg hat die EU eine
11 Strahlkraft weit über die Grenzen Europas hinaus. Sie zeigt, dass sich der
12 Einsatz für das Völkerrecht, für Frieden und Kooperation lohnt.
- 13 Diese Errungenschaften werden heute auf eine harte Probe gestellt. Wir erleben
14 eine massive Erschütterung des internationalen Systems. Russlands Angriff auf
15 die Ukraine und ein freies Europa ist die größte Bedrohung auf unserem Kontinent
16 seit 1945. Weltweit sind nationalistische Bewegungen und autoritäre Kräfte auf
17 dem Vormarsch. Diese autoritären Kräfte gewinnen nicht nur in ihren Ländern
18 immer stärker an Macht, sondern vernetzen sich auch international und üben über
19 gezielte Desinformation und Propaganda zunehmend Einfluss auf unsere Demokratien
20 aus. Sie eint ein gemeinsames Interesse: Die Grundpfeiler der liberalen
21 Weltordnung zu erschüttern und durch ein autoritäres Machtgefüge zu ersetzen.
22 Sie nutzen dabei Gewalt als in ihren Augen normales Mittel der internationalen
23 Politik und missachten Menschenrechte. Sie führen Kriege, destabilisieren
24 Demokratien und multilaterale Organisationen. Sie wollen eine auf Recht und
25 Kooperation beruhende Weltordnung überwinden, die sie in der Ausdehnung ihrer
26 Macht beschränkt. Stattdessen wollen sie, dass wieder das Recht des
27 Skrupelloseren, Nullsummen- und imperiale Logiken gelten, und Demokratie und
28 Freiheit der Vergangenheit angehören.
- 29 Diese Entwicklung verschont auch unsere engsten Verbündeten nicht. Wir sehen mit
30 Sorge in den USA, dass die Demokratie Schritt für Schritt nach dem Drehbuch der
31 autoritären Kräfte beschnitten wird. Präsident Donald Trump treibt im
32 Rekordtempo einen autoritären Staatsumbau voran: Oppositionelle,
33 Zivilgesellschaft, Medien und Universitäten werden massiv unter Druck gesetzt.
34 Die Rechte von Frauen sowie LSBTIQ-Personen, Migrant*innen und Minderheiten
35 werden eingeschränkt, der Rechtsstaat angegriffen und soziale Ungleichheiten
36 verschärft. Den Angriff auf den Rechtsstaat im eigenen Land setzt Trump auf
37 internationaler Ebene fort: Statt auf das Völkerrecht setzt er auf die
38 Erpressung, Deals mit Autokraten und das Recht des Stärkeren. Bündnisse und
39 Allianzen werden immer wieder in Frage gestellt. Dabei schreckt er nicht vor
40 politischen Umarmungen von Putin zurück oder vor unverhohlenen Drohgebärden

41 eines mutmaßlich völkerrechtswidrigen militärischen Einmarschs in Venezuela. Die
42 Zerschlagung der US-Entwicklungsbehörde USAID hat verheerende weltweite
43 Auswirkungen. Einige der reichsten Männer der Welt um Donald Trump ziehen ihre
44 größte Genugtuung daraus, den Ärmsten der Welt das Wenige zu nehmen, was sie
45 haben.

46 Während weltweit an humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gekürzt
47 wird, eskaliert in Sudan die größte humanitäre Krise der Welt. Das unermessliche
48 Leid der Menschen ist nur ein besonders gravierendes Beispiel der vielen in der
49 Öffentlichkeit wenig beachteten Krisen. Die UN-Untersuchungskommission des UN-
50 Menschenrechtsrats spricht von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die
51 Menschlichkeit. Die Berichte über Massaker, gezielte Angriffe auf Zivilist*innen
52 und sexualisierte Gewalt durch die RSF-Miliz in der Stadt Al-Fashir erschüttern
53 zutiefst. Es ist nicht nur Teil unseres Selbstverständnisses, sondern auch in
54 unserem ureigenen Interesse dort nicht wegzusehen, sondern Leid zu lindern,
55 Schutz zu gewähren und diplomatisch auf ein Ende des Kieges hinzuwirken. Dazu
56 gehört eine substantielle Aufstockung der humanitären Hilfe und deutlich mehr
57 Druck auf die Kriegsparteien und ihre externen Unterstützer.

58 Auch die Lage in Syrien bleibt weiterhin fragil. Es sollte jetzt alles daran
59 gesetzt werden, nach dem Jahrzehnten von Unterdrückung, Folter und Mord unter
60 dem Assad-Regime ein neues Kapitel für Syrien aufzuschlagen. Das enorme Ausmaß
61 an Zerstörung, die schlechte Versorgungslage im Land und die Gewaltausbrüche und
62 Massaker an Alawiten und Drusen in Syrien zeigen einmal mehr, dass dies noch ein
63 weiter Weg ist. Die Bundesregierung muss ihren Beitrag leisten, damit Syrien ein
64 stabiles, freies, friedliches Land für alle Syrer*innen wird. Wer wie die
65 Bundesregierung in dieser Lage Rückführungen nach Syrien zum ideologischen
66 Projekt erhebt, hat jeden politischen Kompass verloren.

67 Für uns als Menschenrechtspartei gilt: Die universellen Menschenrechte sind
68 unverhandelbar und unteilbar, und gelten für alle Menschen. Sie zu schützen und
69 wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung. Der Mensch in seiner
70 Würde und Freiheit steht im Mittelpunkt unserer Politik. Gerade in unfriedlichen
71 Zeiten, in denen Autokraten und Rechtspopulisten weltweit die Freiheit und Würde
72 des Einzelnen - insbesondere die Rechte von Frauen und benachteiligten Gruppen
73 angreifen - braucht es entschlossenen Einsatz dafür, dass Menschen unabhängig
74 von Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion und Herkunft gleichberechtigt,
75 friedlich und in Freiheit leben können. Dafür braucht es eine Außen- und
76 Entwicklungspolitik, die auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht, für ihre
77 Durchsetzung arbeitet, feministisch denkt und handelt. Dafür müssen Deutschland
78 und Europa selbst mit gutem Beispiel voran gehen und diese Prinzipien auch
79 innerhalb der eigenen Grenzen achten. Die Deklaration der universellen
80 Menschenrechte und ihre Umsetzung überall bleiben unser Handlungsziel.

81 Frieden und Menschenrechte gehören zusammen. Menschenrechte sind laut UN Charta
82 die Grundlage für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den
83 Nationen. Wenn ein Land innerhalb seiner Grenzen mit sich in Frieden ist, wenn
84 grundlegende Rechte respektiert werden und es keine gewaltvolle strukturelle
85 Unterdrückung seiner Bürger*innen gibt, ist die Chance höher, dass es auch nach
86 Außen nicht als Aggressor auftritt.

87 Für uns als Friedenspartei gilt: Frieden basiert auf der Einhaltung des
88 Völkerrechts. Das Völkerrecht schützt uns alle vor Gewalt und Willkür - und

89 bildet die Grundlage für Verständigung und Kooperation. Wenn nationale Grenzen
90 und das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet und stattdessen imperiale
91 Logiken zum Leitprinzip werden, stellen wir Grüne uns an die Seite der
92 Angegriffenen und gegen die Aggressoren. Das Völkerrecht schützt die
93 Souveränität der Ukraine, das Existenzrecht Israels und das nationale
94 Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Wer diese Rechte
95 bestreitet, verletzt die Grundpfeiler des Völkerrechts und schwächt eine
96 gerechte, regelbasierte Weltordnung. Die Vereinten Nationen und die
97 internationale Strafgerichtsbarkeit sind tragende Säulen dieser Weltordnung. Wer
98 versucht, sie zu sabotieren oder zu delegitimieren, bedroht Sicherheit,
99 Frieden, Freiheit und Wohlstand weltweit. Das erschwert zugleich die Suche nach
100 Lösungen für globale Menschheitsfragen wie die Klimakrise.

101 Abhängigkeiten verringern, bestehende Partnerschaften stärken, neue aufbauen

102 Deutschlands Antwort auf diese massiven Verschiebungen muss konsequentes
103 europäisches Handeln sein. Als größter Mitgliedstaat muss die Bundesregierung
104 dabei eine Führungsrolle innerhalb der EU übernehmen - nicht mit leeren
105 Ankündigungen, sondern mit mutigem Handeln. Wenn wir in einer rauen Weltlage
106 nicht zum Spielball werden wollen, brauchen wir das Gewicht und die Fähigkeiten
107 der Europäischen Union.

108 Europa darf sich nicht länger erpressbar machen, sondern muss kritische
109 Abhängigkeiten überwinden und in die eigene strategische Unabhängigkeit
110 investieren. Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat die
111 Zeichen der Zeit erkannt. Doch gute Ideen brauchen Unterstützung aus den
112 Mitgliedstaaten. Leider zögert und zaudert Deutschland auch unter Friedrich
113 Merz: Die Bundesregierung steckt der EU Stöcke zwischen die Speichen. Sie
114 schadet damit nicht nur der gemeinsamen europäischen Idee, sondern auch
115 Deutschland. Denn wer vermeintliche nationale Interessen über den europäischen
116 Zusammenhalt stellt, schadet damit auch sich selbst.

117 Dazu zählt: Deutschland und Europa müssen deutlich mehr Verantwortung für die
118 eigene Sicherheit übernehmen. Die NATO ist und bleibt in entscheidender Rolle
119 für den Schutz der Sicherheit auf unserem Kontinent; ihren europäischen Pfeiler
120 gilt es konsequent zu stärken, damit Europa seine Sicherheit wenn nötig auch
121 eigenständig verteidigen kann. Für Deutschland heißt das unter anderem, die
122 Bundeswehr personell und materiell gut auszustatten und ihren Kernauftrag der
123 Landes- und Bündnisverteidigung wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit zu
124 rücken. Sie muss in der Lage sein, gemeinsam mit den Bündnispartnern unseren
125 Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall auch militärisch zu
126 verteidigen sowie potentielle Aggressoren wirksam abzuschrecken.

127 Sicherheit ist aber mehr als nur militärische Verteidigung. Sicherheit bedeutet
128 auch Dialog und gleichberechtigte Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.
129 Sicherheit bedeutet funktionierende multilaterale Institutionen, die
130 Konfliktparteien an einen gemeinsamen Verhandlungstisch bringen können. Nicht
131 zuletzt bedeutet Sicherheit auch die Freiheit von Not und Furcht jedes einzelnen
132 Menschen. Dabei erkennen wir die besondere Schutzbedürftigkeit von Menschen an,
133 die vor Krieg und Verfolgung fliehen.

134 Um europäische Souveränität zu stärken, muss Deutschland die neuen Pläne der EU
135 Kommission zur europäischen Verteidigungsfähigkeit unterstützen und effektiv
136 europäische Rüstungskoperationen, und gerade die deutsch-französischen,

137 vorantreiben. Für die europäische Sicherheit ist es dabei essentiell,
138 Abhängigkeiten von Dritten im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungstechnologie
139 zu überwinden. Aber Souveränität ist mehr als nur militärische Stärke.
140 Deutschland muss seine wirtschaftliche und technologische Souveränität erhöhen,
141 indem strategische Industrien in Europa gesichert und ausgebaut sowie
142 Innovationen gefördert und erleichtert werden. Dazu gehören vor allem
143 Technologien wie KI, Cloudlösungen, Chip-Herstellung, Quantencomputer,
144 Satellitenbau und andere Weltrauminfrastruktur, Cyber- und IT-
145 Sicherheitsinfrastrukturen. Regierungen und Verwaltungen sollten in der Regel
146 nur europäische Technologien nutzen. Das Land Schleswig-Holstein geht hier
147 vorbildlich voran.

148 Auch Deutschlands und Europas Abhängigkeiten von China müssen verringert werden.
149 Insbesondere die europäische Abhängigkeit von China im Rohstoffbereich führt zu
150 einer Erpressbarkeit. Deutschland muss dem entgegenwirken. Der Rohstofffonds,
151 den wir in Regierungsverantwortung noch in der letzten Legislaturperiode
152 aufgesetzt haben, setzt genau dort an. Er trägt einen Teil dazu bei,
153 unabhängiger von chinesischen Rohstoffen zu werden und orientiert sich an
154 menschenrechtlichen und ökologischen Standards. Darüber hinaus kann Deutschland
155 durch stärkere Kreislaufwirtschaft und Recycling von Rohstoffen wirtschaftliche
156 und ökologische Chancen heben. Gleichzeitig müssen wir in Europa jene Hebel
157 nutzen, die wir gegenüber China haben. Das beinhaltet auch die Bereitschaft, wo
158 nötig Gegenmaßnahmen - wie Ausfuhrbeschränkungen, Investitionsbeschränkungen
159 oder Zollmaßnahmen - zu ergreifen, wie sie im EU-Instrument gegen
160 Zwangsmaßnahmen durch Drittländer vorgesehen sind. Zur Bewältigung globaler
161 Herausforderungen wie der Klima- und Biodiversitätskrise braucht es auch
162 Kooperationen mit China.

163 Auch Energieabhängigkeiten von einzelnen Ländern gilt es zu verringern, und
164 nicht zu vergrößern. Wir dürfen nicht Putins Gas mit Trumps Gas ersetzen. Sonst
165 verpassen wir die Chance, mit neuer, klimaneutraler Technik unabhängiger und
166 sicherer zu werden. Vor diesem Hintergrund stellen wir uns entschieden gegen die
167 Zusicherung der EU-Kommission, als Teil des Handelsdeals mit den USA 750
168 Milliarden Dollar in fossile Energieträger aus den USA zuzüglich Infrastruktur
169 zu investieren. Trump will Tanker statt Turbinen, Fracking statt Photovoltaik,
170 Brennstoffe statt Batterien. Das wäre eine gefährliche Rückentwicklung und eine
171 weitere Verstrickung in schmutzige Technologien von gestern statt Investitionen
172 in saubere Technologien von morgen. Statt uns in neue Abhängigkeiten zu begeben,
173 gilt es jetzt den Ausbau der erneuerbaren Energien entschieden fortzusetzen.

174 Die russischen Erdgas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 dürfen nie wieder ans Netz
175 gehen. Gleichzeitig könnten Nord Stream 1 und 2 durch einen neuen Anschluss an
176 die baltischen Staaten - anstatt nach Russland - eine klimafreundliche
177 Infrastruktur zur Lieferung von Grünem Wasserstoff nach Deutschland darstellen.
178 Eine Beteiligung für Polen muss genauso möglich sein. Außerdem muss die
179 Zustimmung auch anderer europäischer Partner, die stets gegen Nord Stream waren,
180 wie etwa Tschechien oder Italien, eingeholt werden. Um zu verhindern, dass die
181 Pipelines potentiell genutzt werden zur logistischen Unterstützung der
182 völkerrechtswidrigen russischen Schattenflotte und zur möglichen Installation
183 von Spionage- und Sabotagetechnik, braucht es entschiedene sicherheitspolitische
184 Antworten zur Sicherung unserer kritischen Infrastruktur. Wenn eine
185 entsprechende Umwidmung nicht im Einklang mit unseren EU-Partnern und ohne
186 technischen Zugriff Russlands gelingt, muss die Pipeline zurückgebaut werden.

187 Investitionen in unsere gemeinsame europäische Unabhängigkeit müssen auch im
188 nächsten EU-Haushalt (MFR) ab 2028 abgebildet werden. Deutschland muss sich in
189 den nun beginnenden Verhandlungen für eine Stärkung der finanziellen
190 Handlungsfähigkeit der EU durch neue EU-Eigenmittel und durch einen
191 modernisierten MFR einsetzen. Dabei liegen uns auch starke Regionen, Klima- und
192 Naturschutz und der soziale Zusammenhalt besonders am Herzen. Darüber hinaus
193 liegen mit den Berichten von Draghi, Letta und Niinistö wichtige Ansätze für die
194 Sicherung von Wohlstand und Resilienz in Europa längst auf dem Tisch - Friedrich
195 Merz muss endlich aktiv dazu beitragen, dass die EU entsprechende beherzte
196 Schritte in Richtung Zukunft geht.

197 Die Angriffe auf das multilaterale System stellen für viele Menschen weltweit
198 eine Bedrohung dar. Deutschland kann ihnen nur im Rahmen einer starken und
199 handlungsfähigen EU und gemeinsam mit anderen Partnern entgegentreten. Dafür
200 muss die Bundesregierung bereits bestehenden Partnerschaften wie die mit dem
201 Vereinigten Königreich, Kanada, Japan, Südkorea und Australien ausbauen.
202 Zugleich muss sie die Partnerschaften und Kooperationen mit Ländern im Globalen
203 Süden stärken. Neue und verstärkte Partnerschaften im Indopazifik, in Afrika und
204 Lateinamerika sind eine Möglichkeit, Allianzen zu bilden, einseitige
205 Abhängigkeiten zu reduzieren und technologische Entwicklungen zu beschleunigen.
206 Besondere Schwerpunkte müssen die Sicherung und der Ausbau fairer
207 Handelsbeziehungen, die Erschließung resilienter Lieferketten, der Einsatz für
208 nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung der Klima- und Biodiversitätskrise
209 sein. Es gilt, Mitstreiter*innen für die Maßnahmen zum weltweiten Ausstieg aus
210 fossilen Energien, entschiedenen Ausbau von erneuerbaren Energien und zur
211 Steigerung der Energieeffizienz zu gewinnen und Partnerschaften zu stärken.
212 Diese Partnerschaften müssen im engen Austausch mit der Zivilgesellschaft vor
213 Ort entstehen und ihre Rechte, Perspektiven und Bedürfnisse gleichermaßen zu
214 staatlichen Akteuren berücksichtigen. Dabei muss die Beteiligung von Frauen und
215 indigenen Gruppen gestärkt werden. Nur so kann gerechte, nachhaltige und
216 solidarische Zusammenarbeit gelingen.

217 Wir verlieren die unterschiedlichen Krisen und Konflikte in der Welt nicht aus
218 dem Blick. Wir sehen die Verknüpfungen zwischen diesen Krisen und erkennen, dass
219 bestehende Ungleichheiten historisch verwurzelt sind. Deshalb wollen wir
220 gemeinsam und gleichberechtigt mit den Ländern des Globalen Südens Antworten auf
221 die Herausforderungen finden und dabei strukturelle Ungleichheiten überwinden.
222 Auch bei Partnern dürfen wir nicht wegschauen und müssen Konsequenzen ziehen,
223 wenn Menschenrechte verletzt werden oder die eigene Bevölkerung unterdrückt
224 wird. Beispielsweise setzen wir uns dafür ein, dass die Unterstützung der
225 sogenannten libyschen Küstenwache weder Teil des deutschen IRINI-Mandats noch
226 der EU-Mission im Mittelmeer werden. Kriminelle Akteure, die auf Geflüchtete und
227 Seenotrettungsorganisationen schießen, dürfen nicht wieder aktiv unterstützt
228 werden. Und auch eine Bundesregierung, die die terroristischen Taliban
229 normalisiert und zugleich Partner*innen vor Ort im Stich lässt, verspielt
230 Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Welt. Eine Anerkennung der Taliban als die
231 Regierung Afghanistans lehnen wir konsequent ab.

232 Der Rückzug der USA aus der Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit und
233 humanitäre Hilfe hat eine enorme Lücke gerissen. Bisher waren die USA der
234 weltweit größte Geldgeber in diesem Bereich. Die Auflösung der US-
235 Entwicklungsagentur USAID und die Kürzung von bis zu 80 Prozent der Programme
236 sind vielerorts bereits deutlich spürbar. Gerade jetzt muss Deutschland seiner

237 Verantwortung in der Welt gerecht werden und sein internationales Engagement
238 ausbauen – statt sich wie die Bundesregierung zurückzuziehen. Wer jetzt die
239 Entwicklungsfinanzierung und humanitäre Hilfe kürzt oder gar kriminalisiert,
240 setzt Menschenleben weltweit aufs Spiel. Das sehen wir tagtäglich insbesondere
241 in Konfliktgebieten und auf Fluchtrouten wie im Mittelmeer. Er verpasst auch die
242 Chance, weltweit Partnerschaften auf- und auszubauen, sich als geschätzter
243 Partner zu positionieren und Verbündete zu gewinnen. Autokratische Staaten wie
244 Russland und China gewinnen im globalen Süden und insbesondere in Afrika an
245 Einfluss und füllen gezielt die Lücke, die die USA und andere hinterlassen
246 haben. China finanziert vielerorts Infrastrukturprojekte und baut seine
247 kulturelle Diplomatie aus. Unsere internationale Zusammenarbeit muss auf diese
248 Entwicklung reagieren.

249 Auch im Bereich der internationalen Finanzpolitik hat Deutschland die Chance,
250 voranzugehen und Partnerschaften aus- und aufzubauen, indem es für eine
251 systemische Reform der internationalen Schuldenarchitektur mit einem
252 rechtsverbindlichen internationalen Staateninsolvenzverfahren und einer
253 kritischen Auseinandersetzung von Ratingagenturen sowie für ein gerechtes
254 internationales Finanzsystem eintritt.

255 Trotz alldem bleiben die transatlantischen Beziehungen für uns von größter
256 Bedeutung. Gerade in Zeiten von Trump und zunehmenden autoritären Tendenzen muss
257 Deutschland Gesprächskanäle und Kooperationen mit den demokratischen Kräften in
258 Politik, Zivilgesellschaft, Medien, Universitäten und Wirtschaft der USA
259 aufrechterhalten und weiter ausbauen, gerade auch auf der Ebene der
260 Bundesstaaten. Auch die Stärkung unserer Freundschaft zu Kanada hat für uns
261 Priorität. So lassen wir den transatlantischen Geist von unten neu wachsen und
262 erblühen.

263 Ukraine: Frieden und Sicherheit wiederherstellen und bewahren

264 Russland führt seinen Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine mit unfassbarer
265 Brutalität gegen die Zivilbevölkerung nunmehr im vierten Winter. Die
266 Ukrainer*innen verteidigen nicht nur ihr Territorium, sie verteidigen auch das
267 Recht in Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Würde leben zu können – für
268 sich und für uns – als Europäerinnen und Europäer. Putins Krieg richtet sich
269 nicht zuletzt gegen eine auf dem Völkerrecht und Kooperation basierende
270 multilaterale Ordnung. Er führt einen hybriden Krieg gegen die gesamte
271 Europäische Union samt ihrer Beitrittskandidaten und bereitet sich auf einen
272 konventionellen Krieg gegen Frieden und Freiheit in ganz Europa vor. Putin darf
273 diesen Krieg nicht gewinnen. Weltweit würden Autokraten lernen, dass sie mit
274 ihren imperialen Machtbestrebungen und Grenzverschiebung durch Waffengewalt
275 durchkommen - und somit die Welt in ein neues Ausmaß an Unsicherheit stürzen.

276 Putins Aggression wird zunehmend zu einem Schlachtfeld der neuen Technologien.
277 Das russische Drohnenprogramm prägt immer mehr die brutale Kriegsführung des
278 Kremls. Gezielte Angriffe auf zivile Infrastruktur wie Energie-, Wasser- und
279 Wärmeversorgung sowie auf Wohngebiete bestimmen den Alltag in der Ukraine. Der
280 konstante Beschuss mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern soll die
281 Bevölkerung müde machen. Die gezielte Zerstörung von Strom- und Wärmeversorgung
282 hat das Ziel, die Menschen im Winter frieren zu lassen. Die russische
283 Kriegsführung zeigt, wie der Terror gegen die Ukraine funktioniert - und sie
284 zeigt auch unsere eigenen Verwundbarkeiten.

285 Über den Sommer 2025 hat Putin diplomatische Initiativen bewusst ausgesessen. Er
286 braucht diesen Krieg zum Machterhalt und zur Unterdrückung der eigenen
287 Bevölkerung. Denn der Krieg ist nicht nur Putins, sondern der Krieg des
288 russischen Regimes – getragen von einem autoritären System und ideologisch
289 legitimiert. Die Kombination aus aggressivem Nationalismus bzw. Imperialismus,
290 staatlicher Unterdrückung und Gewalt sowie patriarchalen Strukturen in Politik
291 und Gesellschaft bilden die Grundlage für Russlands gefährlichen Chauvinismus.

292 Der sogenannte „28-Punkte-Plan“ ist ein offensichtlicher Versuch, die Ukraine zu
293 unterwerfen und einen gefährlichen Deal zum Nachteil Europas zu machen. Statt
294 sich glaubwürdig für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, sucht US-Präsident
295 Donald Trump den Pakt mit Kriegsverbrecher Putin. Für die Menschen in den
296 abgetretenen Gebieten gäbe es keinen Frieden. Unterdrückung, Vergewaltigungen,
297 Folter, Raub von Kindern würden legalisiert. Ein brutales Besatzungsregime würde
298 geschaffen. Das Völkerrecht würde verhöhnt. Grundlegende Errungenschaften der
299 KSZE-Schlussakte von Helsinki, der Charta von Paris und der NATO-Russland-
300 Grundakte – wie das Recht auf freie Bündniswahl – würden rückabgewickelt.

301 Es ist schockierend, dass die US-Regierung viele russische Forderungen eins zu
302 eins übernommen hat. Der dabei offenbar gewordene Einfluss der russischen
303 Regierung auf US-Positionen zur Ukraine verdeutlicht das Risiko, dass
304 Entscheidungen in Osteuropa bilateral zwischen Washington und Moskau getroffen
305 werden – ohne Beteiligung Kyjiws und ohne europäische Mitsprache. Dies ist ein
306 Angriff auf die lange transatlantische Kooperation im Rahmen der NATO.
307 Spätestens jetzt muss uns klar sein, dass die USA kein zuverlässiger Verbündeter
308 Europas mehr sind, dass europäische und US-Interessen nicht zwangsweise Hand in
309 Hand gehen und dass die US-Regierung bereit ist, entgegen europäischen
310 Sicherheitsinteressen zu handeln.

311 Der Trump-Putin-Pakt legt leider auch die Schwächen Europas offen. Wenn es um
312 den Frieden auf unserem Kontinent geht, sind wir in der Verantwortung, jetzt
313 alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unsere Sicherheit und Freiheit
314 eigenständig schützen zu können. Unsere Sicherheit verlangt entschlossenes
315 Handeln, den schnellen Ausbau eigener Verteidigungsfähigkeit und eine
316 verlässliche Unterstützung der Ukraine.

317 Putins imperiales Machtstreben endet nicht an der Grenze der Ukraine – er führt
318 einen Krieg gegen das freie Europa. Immer wieder verletzen die russischen
319 Luftstreitkräfte den Luftraum europäischer Staaten, unter anderem auch
320 Deutschlands. Zunehmend dringen Drohnen in den europäischen Luftraum ein und
321 überfliegen Einrichtungen der kritischen Infrastruktur – auch bei uns in
322 Deutschland. Sabotageakte wie Cyberattacken auf IT-Infrastruktur, Brandsätze in
323 der Luftfracht oder Angriffe auf Datenkabel in der Ostsee gehören zur neuen
324 Realität. Es wird systematisch Einfluss auf Wahlen genommen und Desinformation
325 verbreitet. All das ist Teil der Angriffe Russlands auf unsere
326 gesellschaftlichen Lebensadern.

327 Wir stehen weiterhin in voller Solidarität an der Seite der Ukrainer*innen und
328 ihrem Kampf um Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, den sie nun
329 seit Jahren mit beeindruckender Entschlossenheit führen. Der Krieg wird erst
330 enden, wenn Russland spürt, dass es scheitern wird. Die Ukraine muss sich weiter
331 verteidigen können und für den Fall von Friedensverhandlungen eine starke
332 Position sicherstellen können. Dabei muss immer gelten: „Nichts über die

333 Ukraine, ohne die Ukraine." Die Komplexität tragbarer Friedensprozesse ist
334 unvereinbar mit den naiven Vorstellungen einfacher Deals mit Putin. Echter
335 Frieden respektiert das Recht auf Selbstbestimmung, Souveränität und
336 territoriale Integrität.

337 Das Recht auf freie Bündniswahl gilt selbstverständlich auch für die Ukraine.
338 Wir setzen uns dafür ein, den EU-Beitrittsprozess so schnell wie möglich zu
339 beginnen und unterstützen die Reformagenda konsequent. Wir stehen zur NATO-
340 Beitrittsperspektive als robuste Absicherung eines Friedens und Stärkung der
341 kollektiven Verteidigungsfähigkeit. Außerdem unterstützen wir den EU-
342 Beitrittswunsch der Westbalkanstaaten, der Republik Moldau und langfristig
343 Armeniens, die tagtäglich den hybriden Angriffen Russlands ausgesetzt sind und
344 zugleich eine besondere Rolle für die Sicherheit Europas spielen. Wir stehen
345 weiterhin an der Seite der proeuropäischen, demokratischen Kräfte in Georgien,
346 die trotz weitreichender Repression gegen den Kurs ihrer Regierung auf die
347 Straße gehen.

348 Viele Ukrainer*innen haben in Deutschland Schutz gefunden. Ihre Integration
349 wurde durch den direkten Zugang zur Arbeitsvermittlung und
350 Qualifizierungsmaßnahmen erleichtert. Diese Möglichkeit muss ihnen weiterhin
351 offenstehen.

352 Die Durchhaltefähigkeit der Ukraine hängt nicht zuletzt von unserer
353 Unterstützung ab. Friedrich Merz forderte als Teil der Opposition noch lautstark
354 die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern, heute versteckt er sich hinter
355 Worthülsen, während die Zeit gegen die Ukraine arbeitet. Dabei sollten wir Kyjiw
356 alle nötigen Systeme liefern, die wir liefern können - auch Marschflugkörper.

357 Mit der Reform der Schuldenbremse haben wir der Bundesregierung neue finanzielle
358 Spielräume ermöglicht. Dennoch setzt die schwarz-rote Koalition ausgerechnet bei
359 der Ukraine-Unterstützung den Rotstift an. Deutschland muss die Militärhilfe für
360 die Ukraine aufstocken und sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und
361 finanziell stärker unterstützen. Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür
362 sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen rechtssicher dafür eingesetzt
363 werden können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem
364 Tisch – es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch
365 Risiken. Aber die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.
366 Russland muss zur Verantwortung gezogen werden. Dazu gehört auch die
367 konsequente Dokumentation und Verfolgung russischer Kriegsverbrechen.

368 Auch der ständige Wiederaufbau der Ukraine ist eine Form des Widerstandes. Dabei
369 muss ein Fokus auf dem Wiederaufbau der Energieinfrastruktur mit dezentralen und
370 erneuerbaren Energiequellen liegen, um die Versorgungssicherheit angesichts der
371 russischen Angriffe zu stärken.

372 Um den Druck auf Russland zu erhöhen, braucht es eine massive Verschärfung der
373 Sanktionen. Es ist untragbar, dass einzelne EU-Mitgliedsstaaten noch immer mit
374 dem Kauf von russischem Uran, Öl und Gas täglich Millionen in Putins Kriegskasse
375 spülen. Auch andere Importe von Rohstoffen müssen beendet werden. Die geplante
376 Kooperation des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom mit der von Advanced
377 Nuclear Fuels (ANF) betriebenen Atomfabrik Lingen birgt erhebliche Spionage- und
378 Sabotagegefahr - es darf hierfür kein grünes Licht der Bundesregierung geben.

379 Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten auch außereuropäische Staaten zur
380 Beendigung von kriegsfinanzierenden Importen aus Russland bewegen. Es braucht
381 endlich ein entschiedenes Handeln gegen die russische Schattenflotte. Wir
382 begrüßen das kürzlich beschlossene Einfuhrverbot auf russisches LNG sowie die
383 Ausweitung der Preisobergrenze auf Ölprodukte. Deutschland muss seine
384 Führungsrolle in Europa stärker wahrnehmen durch entschiedene
385 Sanktionsdurchsetzung und die Bekämpfung von Umgehungsstrategien, eine deutliche
386 Haltung gegenüber Blockierern sowie einen schnellen Abbau der verbleibenden
387 Energieabhängigkeiten. Im Kampf gegen Sanktionsumgehungen über Drittstaaten
388 braucht es außerdem enge internationale Koordination, insbesondere im Verbund
389 der G7 Staaten.

390 Gefangene in russischer Gefangenschaft - Zivilpersonen wie auch Angehörige der
391 ukrainischen Armee - sind systematischer Repression, Folter und Mord ausgesetzt.
392 Tausende ukrainische Kinder wurden verschleppt. Deutschland und Europa sollten
393 Menschenrechtsverletzungen an diesen Personen dokumentieren, sich in UN,
394 Europarat und OSZE für ihre Freilassung einsetzen und die juristische
395 Aufarbeitung unterstützen.

396 Wir reichen denjenigen Russ*innen die Hand, die sich als Teil der demokratischen
397 Zivilgesellschaft glaubwürdig für ein Ende des Kriegs, für Frieden und Freiheit
398 einsetzen und sich dabei oftmals der Gefahr von Repression und Inhaftierung
399 aussetzen. Auch Frauen und Kinder in russischer Gefangenschaft sind
400 systematischer Gewalt, Erniedrigung und Indoktrination ausgesetzt. Menschen, die
401 aus Russland fliehen, müssen Zugang zu einem fairen Asylverfahren und
402 verlässlichen Schutz vor Verfolgung erhalten. Gleichzeitig muss russischen
403 Staatsbürgern, die das Regime unterstützen und vom Krieg profitieren, der Zugang
404 zum Schengen-Raum verwehrt werden.

405 Deutschland muss eine echte Sicherheitsoffensive gegen hybride Bedrohungen
406 umsetzen, die bewusst die Urheberschaft von Angriffen verschleiern und die
407 Bevölkerung verunsichern sollen. Wir fordern, dass der Schutz unserer kritischen
408 Infrastrukturen - als zentraler Baustein für ein krisenfestes Land - stärker in
409 den Blick genommen wird. Dazu zählen zum Beispiel die Energieversorgung, die
410 Kommunikation, der Verkehrsbereich, das Gesundheitswesen oder der Luftraum. Dazu
411 gehört ein tagesaktuelles Gesamtlagebild zu Angriffen und Spionagetätigkeiten,
412 die zügige Umsetzung der EU-Richtlinien zum einheitlichen Schutz unserer
413 kritischen Infrastruktur, eine verbesserten Drohnenabwehr und Investitionen in
414 unsere Sicherheitsbehörden. Unsere Nachrichtendienste müssen so aufgestellt
415 sein, dass sie das Personal, die Technik und die Befugnisse haben, die sie für
416 eine effektive Aufgabenerfüllung benötigen - auch im digitalen Raum. Mit einer
417 Europäischen Nachrichtendienstagentur wollen wir die Zusammenarbeit innerhalb
418 der Europäischen Union stärken. Auch eine eigenständige, resiliente
419 Weltrauminfrastruktur ist Teil unserer kritischen Infrastruktur und eine
420 zentrale Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit: Europa muss seine
421 industrielle Basis dafür durch gemeinsame Beschaffung, koordinierte Programme
422 und eine unabhängige Startinfrastruktur sichern. Im Kampf gegen Desinformation
423 müssen Plattformen im Rahmen der geltenden Regularien - etwa dem Digital
424 Services Act - stärker in die Pflicht genommen, Medienkompetenz flächendeckend
425 ausgebaut und Maßnahmen zur Früherkennung von Einflusskampagnen gestärkt werden.
426 Bei der Abwehr hybrider Bedrohungen müssen wir die Erfahrungen der
427 Ukrainer*innen nutzen. Als Bündnis 90/Die Grünen haben wir die Stärkung des
428 Zivil- und Bevölkerungsschutz, der Nachrichtendienste, den Schutz der

429 informationstechnischen Systeme und die Hilfe für völkerrechtswidrig
430 angegriffene Staaten im Rahmen der Verhandlungen über das Sondervermögen als
431 Teil der Verteidigungsausgaben verankert - jetzt muss die Bundesregierung
432 liefern.

433 Die Bundesregierung steht auch in der Verantwortung, die Bevölkerung vor einem
434 militärischen Angriff zu schützen und eine bestmögliche Vorbereitung auf einen
435 möglichen Angriff zu gewährleisten. Dabei geht es neben der personellen
436 Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auch um den Zivilschutz. Wir begrüßen die
437 Bemühungen der Bundesregierung, die durch die Aussetzung der Wehrpflicht
438 entstandene Lücke bei der Erfassung von Wehrpflichtigen durch die Wiederaufnahme
439 verpflichtender Musterung junger Männer zu schließen. Darüber hinaus setzen wir
440 klar auf Freiwilligkeit.

441 Die eingeschränkten Kapazitäten für die Ausbildung sollten für geeignete
442 Freiwillige jeden Alters und Geschlechts optimal genutzt und ausgebaut werden.
443 Wir wollen den Wehrdienst und Zivilschutz für eine breite Zielgruppe attraktiver
444 machen und auch die Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten stärken - diese
445 Aufgabe muss jetzt ernsthaft und mit Nachdruck angegangen werden. Auch bei
446 Freiwilligendiensten muss sichergestellt werden, dass sie tatsächlich allen
447 Menschen zugänglich sind. So steigern wir die gesamtstaatliche Resilienz,
448 fördern den Zusammenhalt und können den benötigten personellen Aufwuchs
449 schaffen. Um Zivilschutz und militärische Reserve strukturiert aufzubauen
450 fordern wir die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für gesamtstaatliches
451 Krisenmanagement, die die zivil und militärisch nutzbaren Kompetenzen von
452 Freiwilligen abfragt und passende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten vermittelt.
453 Wir sind überzeugt: Die Menschen in Deutschland wollen sich und unsere
454 Demokratie verteidigen. Der Staat ist nun in der Pflicht, ihnen die Gelegenheit
455 zu geben, sich darauf persönlich und gemeinsam bestmöglich vorzubereiten.

456 Wir brauchen eine vertiefte gesamtgesellschaftliche Debatte über die Frage, wie
457 wir angesichts der sich verändernden Bedrohungslage gesellschaftliche Resilienz
458 dauerhaft sicherstellen können. Wir als Partei wollen uns in diese Debatte
459 führend einbringen. Dabei ist für uns klar, dass die Perspektiven junger
460 Menschen im Vordergrund stehen und dass alle Generationen ihren Beitrag leisten
461 müssen. Mit diesem Ziel organisieren wir als Partei eine gemeinsame Debatte mit
462 unserer Bundestagsfraktion und der GRÜNEN JUGEND. Unser Ziel ist ein
463 ergebnisoffener Diskussionsprozess darüber, welche militärischen und zivilen
464 Dienstformen - freiwillig, hybride und verpflichtende -
465 sowie weitere Formen gesellschaftlicher Mitwirkung zur Gesamtverteidigung und
466 Resilienz beitragen können.

467 Schon jetzt besteht die rechtliche Möglichkeit zur Wiedereinsetzung der
468 Wehrpflicht und darüber hinaus zur Ausrufung des Spannungs- und
469 Verteidigungsfalles, genauso wie das im Grundgesetz verankerte Recht auf
470 Kriegsdienstverweigerung - niemand kann gegen sein Gewissen zum Dienst an der
471 Waffe gezwungen werden.

472 Russland testet die Entschlossenheit unseres Bündnisses und die
473 Reaktionsfähigkeit der europäischen Streitkräfte. Er verwischt Tag für Tag die
474 Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir
475 uns nicht verteidigen müssen. Für den nötigen Ausbau der europäischen
476 Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zu lernen, gerade bei der

477 Abwehr und dem Einsatz von Drohnen. Wir müssen jetzt in der EU dafür Sorge
478 tragen, gemeinsame Projekte und Strukturen innerhalb der europäischen
479 Verteidigungsindustrie zu etablieren.

480 Für den Schutz von Frieden in Freiheit in Europa müssen die NATO und die EU
481 handlungsfähig bleiben. Dafür wollen wir innerhalb der EU das Veto-Recht
482 reformieren - und Einstimmigkeitsprinzip abschaffen. Da dies aktuell in weiter
483 Ferne liegt, geht es darum, die Handlungsfähigkeit durch Koalitionen der
484 Freiheitsverteidiger zu erhöhen. Das bedeutet eine enge Kooperation von
485 entschlossenen EU-Staaten mit Ländern wie Norwegen und dem Vereinigten
486 Königreich. Dabei muss Deutschland auch stärker mit den nordischen und
487 baltischen Staaten kooperieren und von ihnen lernen. Wir brauchen neue Formate
488 der politischen Zusammenarbeit, die alle relevanten Länder einbeziehen und es
489 ermöglichen, europäische Sicherheitsinteressen zu diskutieren und gemeinsame
490 Entscheidungen voranzutreiben. Ein Format wäre ein Europäischer Sicherheitsrat,
491 der zunächst beratend für die EU und NATO agieren und langfristig auch zur
492 Umsetzung von gemeinsamen Entscheidungen genutzt werden kann.

493 Angesichts der Bedrohungslage ist es leider notwendig, dass wir und viele
494 unserer Verbündeten weltweit noch mehr in Sicherheit investieren, um uns vor
495 Aggression und Krieg zu schützen. Dennoch bleibt es gerade in diesen Zeiten
496 entscheidend, Abrüstungsinitiativen und Rüstungskontrollen vorantreiben. Nur mit
497 gemeinsamen Abrüstungsschritten schaffen wir dauerhaft mehr Sicherheit für alle
498 und wahren Frieden und Stabilität.

499 Frieden in Nahost

500 Unsere Außenpolitik steht im Bewusstsein für unsere Geschichte und die
501 Verantwortung, die unser Land mit dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und der
502 Shoah auf sich geladen hat. Das Existenzrecht Israels als sichere Heimstätte für
503 Jüdinnen und Juden ist für uns unverhandelbar. Ebenso unverhandelbar ist das
504 Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen sowie unser klares Bekenntnis zum
505 Völkerrecht, der Würde jedes Menschen und den universellen Menschenrechten. Wir
506 sind geleitet von dem Grundsatz der menschlichen Sicherheit, der die Sicherheit
507 des Individuums in den Mittelpunkt stellt und anerkennt, dass die Sicherheit von
508 Israelis und Palästinenser*innen untrennbar miteinander verbunden ist. Unser
509 Einsatz für diese Prinzipien muss auch im Nahen Osten erkennbar und wirksam sein
510 – nur dann wird unser Eintreten für eine regelbasierte Weltordnung glaubwürdig.
511 Ob Europa künftig eine konstruktive und wirksame Rolle in einem Friedensprozess
512 einnehmen kann, wird maßgeblich davon abhängen, ob wir diesem Anspruch gerecht
513 werden.

514 Unsere Verantwortung für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als Teil
515 deutscher Staatsräson heißt, Bedrohungen zu erkennen und die Sicherheit
516 israelischer Bürgerinnen und Bürger zu einer Grundlage unseres Handelns zu
517 machen. Israel hat das völkerrechtlich verbiefte Recht sich gegen Angriffe zu
518 verteidigen und auch die anerkannte Pflicht, seine Bürger*innen im Rahmen des
519 Völkerrechts zu schützen. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israels durch
520 staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie die Angriffe und den Terror gegen
521 seine Bevölkerung verurteilen wir.

522 Der Einsatz für die Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson bedeutet
523 nicht, dass Unterstützung für die israelische Regierung über Verpflichtungen
524 gegenüber dem Völkerrecht und dem Schutz der Menschenrechte gestellt werden

525 dürfen. Wir müssen Verletzungen dieser Grundsätze klar benennen und kritisieren
526 sowie für entsprechende Konsequenzen eintreten. Die Sicherheit Israels, der
527 Wunsch nach Frieden sowie das Einfordern von Völkerrecht, Menschenrechten und
528 Selbstbestimmung für alle Menschen in der Region gehen Hand in Hand.

529 Auch die Sicherheit der Palästinenser*innen sowie der Schutz ihrer Rechte, ihres
530 Lebens und ihrer Freiheit sind zentrale Aufgaben unserer Politik und
531 Verpflichtungen aus dem Völkerrecht. Dazu gehört es, ihr Selbstbestimmungsrechts
532 zu verwirklichen und ihren Schutz vor massiven Völkerrechtsverbrechen und
533 willkürlicher Gewalt zu gewährleisten, sei es durch israelische Siedler*innen
534 und Sicherheitskräfte, sei es durch Hamas oder anderen islamistischen Terror.
535 Die anhaltende Missachtung ihrer grundlegenden Rechte verurteilen wir. Als
536 Besatzungsmacht trägt die israelische Regierung dabei die völkerrechtliche
537 Hauptverantwortung für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung in den
538 besetzten Gebieten.

539 Am 7. Oktober 2023 hat die Hamas mit unfassbarer Gewalt und Brutalität einen
540 Terroranschlag auf Israel verübt. Mehr als 1.200 Menschen wurden von der Hamas
541 ermordet, begleitet von unsäglichem sexualisierter Gewalt, 251 Menschen wurden
542 verschleppt. Familien und Kinder wurden in ihrem Zuhause ebenso auf grausame
543 Weise umgebracht wie Jugendliche, die auf einem Festival tanzten. Tausende
544 wurden verletzt. Es war der schlimmste antisemitische Angriff auf
jüdisches
545 Leben seit der Shoah, ein Angriff auf das Existenzrecht Israels und auf die
546 gesamte israelische Gesellschaft. Er hat die Menschen in Israel und weit darüber
547 hinaus, insbesondere Jüdinnen und Juden weltweit, zutiefst traumatisiert. Der
548 Angriff der Hamas hat das Versprechen erschüttert, dass Jüdinnen und Juden nach
549 Jahrhunderten der wiederkehrenden Ausgrenzung und Verfolgung endlich im Staat
550 Israel eine sichere Heimat finden. Unsere tiefe Solidarität gilt den Opfern und
551 ihren Familien. Wir blicken mit tiefer Anteilnahme auf diesen Tag und auf das
552 Leid, dass der Terroranschlag der Hamas bis heute verursacht.

553 Als Reaktion auf den 7. Oktober hat die israelische Regierung einen Krieg in
554 Gaza geführt, dessen humanitäre Folgen und militärische Mittel unverhältnismäßig
555 bzw. völkerrechtswidrig sind. Das Vorgehen ist durch nichts zu rechtfertigen –
556 auch nicht durch den brutalen Terrorangriff der Hamas – und hat unermessliches
557 Leid und Traumatisierung über die Menschen in Gaza gebracht: Die Schätzungen
558 über die Anzahl der Todesopfer, unter anderem des Max-Planck-Instituts für
559 demografische Forschung, reichen von mehreren Zehntausenden bis zu über
560 Hunderttausend. Darüber hinaus hunderttausende Verletzte, zerstörte Städte – 80
561 Prozent der Bausubstanz in Trümmern –, zerstörte Infrastruktur von Wohnhäusern,
562 Krankenhäusern und Schulen bis hin zu Wasser- und Stromversorgung, massenhafte
563 Vertreibung, Angriffe auf humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen, eine
564 Generation, der ihre Zukunft genommen wurde. Das Leid der Zivilbevölkerung in
565 Gaza erfüllt uns mit tiefem Schmerz. Viele Menschen in Deutschland haben
566 Angehörige in Gaza; auch ihre Trauer, Sorge und Verzweiflung gehören zu unserem
567 Land und verdienen Gehör und Mitgefühl.

568 Auch die skrupellose Kriegsführung und Terrorherrschaft der Hamas hat zu diesem
569 Leid beigetragen. Dazu gehört der Missbrauch von ziviler Infrastruktur,
570 fortwährender Raketenterror sowie Hinrichtungen von Palästinenser*innen, denen
571 Zusammenarbeit mit Israel vorgeworfen wird. Die Misshandlung der verschleppten

572 Geiseln – einschließlich Folter und sexualisierter Gewalt – ist Ausdruck einer
573 tiefgreifenden Missachtung der Menschenwürde.

574 All diese Verbrechen verurteilen wir auf das Schärfste.

575 Menschenrechtsverletzungen dürfen niemals relativiert oder gerechtfertigt
576 werden.

577 Seit dem 7. Oktober tritt der Antisemitismus weltweit immer offener und
578 gewaltsamer auf. Antisemitische Straftaten haben deutlich zugenommen. Der Schutz
579 jüdischen Lebens in Deutschland und weltweit ist für uns eine Verpflichtung. Wir
580 gehen entschlossen gegen jeglichen Antisemitismus in unserer Gesellschaft vor-
581 sei es Antisemitismus von Rechten, von Linken, von Islamisten oder aus der Mitte
582 der Gesellschaft. Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können.

583 Auch verstärkt sich in Deutschland die pauschale Ablehnung von Menschen mit
584 arabischem oder muslimischem Hintergrund, begleitet von antimuslimischem
585 Rassismus. Der Europarat hat Deutschland für Eingriffe der Meinungs- und
586 Versammlungsfreiheit und exzessiver Polizeigewalt im Rahmen pro-
587 palästinensischer Demonstrationen gerügt. Diese Kritik muss ernst genommen
588 werden.

589 Jüdinnen und Juden müssen in Sicherheit leben können genauso Muslime oder
590 Menschen mit arabischer Herkunft. Der Kampf gegen jegliche Form von
591 Diskriminierung, gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus ist eine
592 gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss dringend auf allen Ebenen verstärkt werden.
593 Wir stellen uns gegen jede Form der Instrumentalisierung des Kriegs in Nahost
594 für antisemitische oder anti-muslimische Hetze sowie für Einschränkungen von
595 Grundrechten und setzen uns für sichere Diskursräume und Meinungsfreiheit ein.

596 Die gezielten Angriffe durch die jemenitischen Houthis, die Hisbollah und den
597 Iran nach dem 7. Oktober haben zu weiteren Todesopfern geführt, haben Menschen
598 aus ihrer Heimat vertrieben. Wir verurteilen die fortgesetzte Gewalt und
599 Anschläge dieser Akteure. Die Hamas, das iranische Regime, die Hisbollah und
600 andere militante Gruppierungen machen keinen Hehl daraus, dass sie Israel
601 vernichten wollen. Sie negieren das Existenzrecht Israels. Das werden wir nie
602 akzeptieren. Gleichzeitig gilt: Militäroperationen wie der israelische Angriff
603 auf Hamas-Vertreter in Katar verletzen die territoriale Souveränität von
604 Drittstaaten, verstoßen gegen das völkerrechtlich verbriefte Gewaltverbot und
605 gefährden die Vermittlerrolle dieser Staaten in einem Friedensprozess.

606 Die Blockade humanitärer Hilfe durch die israelische Regierung und das
607 Aushungern der Zivilbevölkerung ist ein schwerer Bruch des humanitären
608 Völkerrechts und hat zu einer von den Vereinten Nationen bestätigten Hungersnot
609 geführt. Kriegsverbrechen wie Angriffe auf Zivilist*innen und zivile
610 Infrastruktur, humanitäre Helfer und Journalist*innen sind durch die Vereinten
611 Nationen und NGOs in Gaza dokumentiert. Noch immer ist der humanitäre Zugang
612 eingeschränkt und wird als politisches Druckmittel missbraucht. Unabhängige
613 Presseberichterstattung wurde durch die Einschränkungen für Journalist*innen
614 erheblich erschwert.

615 Deutschland trägt Verantwortung, seiner humanitären Pflicht in der Region
616 gerecht zu werden. Vorrang hat der schnelle, sichere und ungehinderte Zugang zu
617 Hilfsgütern. Unmittelbar dafür notwendig ist der Wiederaufbau funktionierender
618 UN-Verteilstrukturen in Gaza. Humanitäre Akteure leisten unter schwersten

619 Bedingungen dringend benötigte Hilfe - sie müssen endlich sicher und ungehindert
620 ihre Arbeit machen können. Wir verurteilen das Verbot von UNRWA durch die
621 israelische Regierung und fordern ein sofortiges Ende der Einschränkungen sowie
622 vollen Zugang und ausreichende Finanzierung für ihre lebenswichtige Arbeit. Es
623 ist ein Skandal, dass die Bundesregierung in der UN-Generalversammlung erstmals
624 die Verlängerung des UNRWA-Mandats nicht unterstützt hat – umso mehr inmitten
625 der anhaltenden humanitären Katastrophe in Gaza. Für uns ist klar: Solange es
626 keine dauerhafte Lösung des Konflikts gibt, ist das Mandat von UNRWA
627 unverzichtbar.

628 Humanitäre Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit und den Prinzipien der
629 Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verpflichtet. Wir fordern die
630 Auflösung der sogenannten Gaza Humanitarian Foundation, die entgegen diesen
631 Prinzipien handelt. Im Rahmen ihrer Verteilungen kam es zu mehr als 1.000
632 Todesopfern. Eine Politisierung humanitärer Hilfe oder eine Einflussnahme der
633 Hamas und anderer terroristischer Gruppierungen auf humanitäre Hilfe darf es
634 nicht geben.

635 Die jeweils spezifische Gewalt und Bedrohung in Gaza, der Westbank und Israel
636 haben besonders für Kinder weitreichende Folgen. Die Kinder in Gaza gehören zu
637 den besonders schwer Leidtragenden. Ihre tief sitzenden Wunden zu sehen und zu
638 heilen, gehört jetzt zu den besonders dringlichen Aufgaben für all diejenigen,
639 denen an Menschlichkeit, Aussöhnung und Frieden gelegen ist. Gefährdete Personen
640 müssen durch in Deutschland lebende Angehörige aufgenommen werden können. Zudem
641 begrüßen wir das Angebot deutscher Städte, Kommunen und Bundesländer, verletzte
642 Kinder aus Gaza aufzunehmen und zu behandeln. Es ist ein Skandal, dass die
643 Bundesregierung diese Initiative blockiert. Wir fordern an dieser Stelle gerade
644 von der SPD in der Bundesregierung einen geraden Rücken und Empathie.

645 Ein Waffenstillstand in Gaza darf nicht dazu führen, dass wir die Augen vor der
646 eskalierenden Gewalt in der Westbank und Ostjerusalem verschließen. Die oft von
647 der israelischen Regierung und Armee unterstützte Siedlergewalt, der illegale
648 Siedlungsbau und die damit einhergehenden Vertreibungen und Annexionspläne im
649 Westjordanland haben massiv zugenommen. Bewohner berichten von täglichen
650 Angriffswellen, Gewalt und Hassbotschaften.

651 Die palästinensische Autonomiebehörde (PA) wurde durch das Vorenthalten von
652 Steuer- und Zolleinnahmen an den Rand des Bankrotts gebracht. Die zunehmende
653 Zerstückelung des besetzten palästinensischen Gebietes zerstört die
654 geographische Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung und verletzt geltendes
655 Völkerrecht. Wir verurteilen dieses Vorgehen der in Teilen rechtsextremen
656 Regierung Netanjahu und halten es für falsch, dass Premierminister Netanyahu
657 seit Jahren mit seiner Politik maßgeblich dazu beiträgt, einen palästinensischen
658 Staat unmöglich zu machen und eine Zwei-Staaten Lösung zu unterminieren.

659 Wir halten fest an der Herrschaft des Rechts. Deutschland muss konsequenter als
660 bisher zwischen dem Hoheitsgebiet des Staates Israel und den seit 1967 besetzten
661 palästinensischen Gebieten unterscheiden und die klare Botschaft senden, dass
662 einseitige Grenzverschiebungen nicht anerkannt werden. Von der Bundesregierung
663 erwarten wir, sich klar einzusetzen für die Umsetzung der Resolution 2334 des
664 UN-Sicherheitsrats von 2016, die einen unverzüglichen und vollständigen Stopp
665 der illegalen Siedlungsaktivitäten fordert, sowie des IGH-Gutachtens vom 19.

666 Juli 2024, welches die israelische Besatzungspolitik in Gaza und der Westbank
667 als völkerrechtswidrig einschätzt.

668 Immer mehr UN-Stellen, Menschenrechtsorganisationen und unabhängige Medien
669 berichten über schwere Misshandlungen palästinensischer Gefangener in
670 israelischer Haft seit Beginn des Gaza-Krieges – darunter Folter, sexualisierte
671 Gewalt, Isolationshaft und den stark ausgeweiteten Einsatz von Administrativhaft
672 ohne Anklage oder rechtsstaatliches Verfahren. Diese Praktiken widersprechen
673 fundamentalen Menschenrechts- und Rechtsstaatsprinzipien. Wir verurteilen diese
674 Verstöße entschieden und fordern unabhängige Untersuchungen, Zugang für
675 internationale Beobachter*innen sowie ein sofortiges Ende willkürlicher und
676 menschenrechtswidriger Inhaftierungen.

677 Heute, fast zwei Jahre nach Beginn der Eskalation, gibt es Hoffnung auf ein Ende
678 des Krieges und Frieden. Die Friedensgespräche in Ägypten haben zur Freilassung
679 der Geiseln und einem Waffenstillstand in Gaza geführt. Nach zwei Jahren in den
680 Händen der Hamas konnten die noch lebenden Geiseln endlich zurück zu ihren
681 Familien. Hunderttausende Menschen in Gaza können endlich auf ein Ende der
682 Angriffe und der humanitären Notlage hoffen. Diese Freude und Erleichterung
683 teilen wir. Und es war ein Tag der Trauer über die verstorbenen Geiseln, von
684 denen bis heute nicht alle an ihre Angehörigen überführt wurden - wir teilen
685 ihren Schmerz genauso wie den Schmerz der Menschen in Gaza, deren Angehörigen
686 ihr Leben unter den Trümmern Gazas oder unter ungeklärten Umständen in
687 israelischer Haft ließen. Im Rahmen des Friedensprozesses muss jetzt alles getan
688 werden, damit das Schweigen der Waffen Bestand hat.

689 Der Friedensplan muss jetzt umgesetzt werden. Als nächstes braucht es die
690 Entwaffnung der Hamas, die Absicherung Gazas durch internationale Unterstützung,
691 den Rückzug der israelischen Armee aus Gaza, sowie die Übergabe der
692 Verantwortung an die Palästinenser*innen. Dabei bleiben folgende Grundsätze für
693 uns leitend: Von Gaza darf künftig keine Gefahr mehr für Israels Sicherheit
694 ausgehen. Die Palästinenser*innen dürfen nicht aus Gaza vertrieben werden, und
695 es darf keine Wiederbesetzung oder territoriale Reduzierung von Gaza durch
696 Israel geben. Es braucht eine gemeinsame Perspektive für Gaza und
697 Westjordanland, anders ist eine Staatlichkeit nicht denkbar. Die
698 völkerrechtswidrige Besatzung der Westbank und die Annexionen müssen beendet
699 werden. Es darf keine Lösung über die Köpfe der Palästinenser hinweg geben. Sie
700 müssen den politischen Prozess nicht nur mitgestalten, sondern maßgeblich in
701 ihrem Sinne prägen. Es ist wichtig, dass sich dabei auch die arabischen
702 Nachbarstaaten gemeinsam für eine politische Perspektive engagieren.

703 Dieser Prozess braucht aber auch das Ziel von dauerhaftem Frieden und Sicherheit
704 für alle Menschen in der Region. Unser Ziel bleibt eine verhandelte
705 Zweistaatenlösung, bei der der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer
706 und lebensfähiger Staat Palästina Seite an Seite in Frieden und Sicherheit
707 leben. Sie auf diesem Weg zu begleiten und zu unterstützen, ist zentrale Aufgabe
708 und Verantwortung deutscher Außenpolitik. Nur eine Zweistaatenlösung wird einen
709 gerechten und dauerhaften Frieden bringen und das Recht auf Selbstbestimmung
710 beider Völker erfüllen: den Fortbestand Israels als sichere Heimstätte für
711 Jüdinnen*Juden garantieren sowie die Schaffung eines souveränen Staates
712 Palästina. Zentrales Element für gleichberechtigte Verhandlungen über eine
713 Zweistaatenlösung ist die Anerkennung des Staates Palästina, auch durch
714 Deutschland. Im aktuellen Friedensprozess ist die Anerkennung auch durch

715 Deutschland ein prioritärer Schritt. Die Regierungsverantwortung im gesamten
716 palästinensischen Gebiet muss bei der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen,
717 mit angemessener internationaler Unterstützung. Die Hamas und andere
718 Terrorgruppen dürfen darin keine Rolle spielen. Wir fordern die Bundesregierung
719 auf, sich in diesem Sinne dem von Frankreich und Saudi-Arabien initiierten
720 Prozess für die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Regelung anzuschließen. Deutschland
721 darf sich nicht international isolieren.

722 Israel und die Palästinenser brauchen die Hilfe der internationalen
723 Gemeinschaft, um die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, denn der Weg
724 dahin ist weit. Die EU muss im anstehenden Friedensprozess eine aktive Rolle
725 spielen und dabei alle Hebel nutzen, die ihr zur Verfügung stehen. Auch im Nahen
726 Osten gilt: Nur eine starke und geeinte EU kann das nötige diplomatische Gewicht
727 entwickeln, um wirkungsvoll zu handeln und zum Frieden in Nahost beizutragen.
728 Wir halten dies für notwendig und sehen dies auch im deutschen Interesse an
729 einer friedlichen Region und einer völkerrechtsbasierten internationalen
730 Ordnung. Die Bundesregierung darf hierbei nicht bremsend am Rande stehen,
731 sondern muss sich konstruktiv für eine gemeinsame europäische Nahostpolitik
732 einbringen. In diesem Rahmen können Mitgliedstaaten auch individuelle
733 Beziehungen in die Region wirksamer nutzen.

734 Israelische und palästinensische Friedenskräfte sowie
735 Menschenrechtsverteidiger*innen warnen seit Langem, dass Versuche, den Konflikt
736 zu managen ohne die grundlegenden Rechte der Palästinenser*innen zu sichern, zum
737 Scheitern verurteilt sind. Ebenso wenig kann eine Normalisierung der Beziehungen
738 zwischen arabischen Staaten und Israel einen nachhaltigen Beitrag zu Stabilität
739 in der Region leisten, wenn diese Fragen ausgeblendet werden. Internationale
740 Vermittlung muss deshalb auf einen gerechten, selbstbestimmten Friedensprozess
741 hinwirken, der den Weg für das Ende der Besatzung und die gegenseitige
742 Anerkennung zweier souveräner Staaten auf der Grundlage von 1967 ebnet sowie die
743 Zivilgesellschaft einbezieht. Gleichzeitig unterstützen wir Schritte zu einer
744 umfassenderen Friedensordnung im Nahen Osten unter anderem durch regionale
745 Dialogformate.

746 Es ist geltendes Recht, dass grundsätzlich keine Lieferungen von Waffen und
747 Rüstungsgütern erfolgen dürfen, wenn das eindeutige Risiko völkerrechtswidriger
748 Verwendung besteht. Bündnis 90/Die Grünen fordern seit Jahren verlässliche
749 Mechanismen der Endverbleibskontrolle gelieferter Waffen an alle Länder zwecks
750 einer effizienten Umsetzung des Rechts. Das gilt auch für Israel. Gleichzeitig
751 gehört zu unserer Verantwortung gegebenenfalls auch militärische Unterstützung
752 für die Verteidigung Israels und seiner Bürger*innen vor Angriffen und Bedrohung
753 durch Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah, die Huthi-Milizen, die
754 Hamas und den Islamischen Dschihad zu gewähren. Ob deutsche Waffen zur
755 Selbstverteidigung oder etwa zur Vertreibung der palästinensischen
756 Zivilbevölkerung eingesetzt werden können, ist nicht immer leicht zu überprüfen.
757 Doch wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels und dem
758 Völkerrecht gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir diese
759 Differenzierung leisten. Vor diesem Hintergrund hat Deutschland sich zurecht
760 entschieden, keine neuen Ausfuhrgenehmigungen für den Export von Waffen und
761 Rüstungsgütern nach Israel zu erteilen, die im völkerrechtswidrigen Vorgehen in
762 Gaza eingesetzt werden können. Zusicherungen zum völkerrechtskonformen Einsatz
763 gelieferter Rüstungsgüter können das Verbot, tatsächlich völkerrechtswidrige
764 Einsätze mit zu ermöglichen, niemals übertreffen. Die Entscheidung der

765 Bundesregierung, die Exportbeschränkungen wieder aufzuheben ist angesichts der
766 äußerst fragilen Waffenruhe und den Entwicklungen in der Westbank unangemessen.
767 Angesichts der dokumentierten Verstöße gegen das Völkerrecht der israelischen
768 Armee fordern wir, dass die Beschränkungen wieder eingesetzt werden und richten
769 unser Augenmerk dabei neben Gaza auch auf Westbank und Golan. Die rechtlichen
770 Verpflichtungen, die sich für Deutschland als Vertragsstaat des
771 Waffenhandelsvertrages (ATT) und seinen nationalen Umsetzungsgesetzen ergeben,
772 müssen eingehalten werden. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden
773 parlamentarischen Mitteln sicherstellen, dass die Bundesregierung diese
774 Verpflichtungen strikt einhält und deren Umsetzung sowie die Einhaltung durch
775 die israelische Regierung wirksam überprüft.

776 Deutschland sollte zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der
777 Palästinenser*innen weiterhin palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen
778 praktisch fördern – durch Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher
779 Institutionen, Ausbildung von Verwaltung und Justiz, Förderung demokratischer
780 Prozesse und wirtschaftlicher Perspektiven. Die PA hat die politische
781 Entwicklung in der Westbank lange Zeit blockiert, korrupte Strukturen entstehen
782 lassen, die Demokratie unterminiert. Die PA muss daher jetzt konkrete
783 Fortschritte in dem versprochenen Reformprozess machen. Wir begrüßen
784 entsprechende Signale wie die Entscheidung, den sogenannten Märtyrerfonds
785 abzuschaffen und mit einem bedarfsbasierten sozialen Sicherungssystem zu
786 ersetzen. Die israelische Regierung muss die vorenthaltenen Zoll- und
787 Steuereinnahmen der PA freigeben. Wir begrüßen, dass sich Deutschland den zwölf
788 Staaten angeschlossen hat, die im September 2025 der PA Finanzhilfen zugesagt
789 haben, und fordern die Bundesregierung auf, diese Unterstützung konsequent
790 fortzusetzen sowie den Reformprozess konstruktiv zu begleiten. Eine
791 Wiederaufbaukonferenz für den Gazastreifen sollte maßgeblich von Deutschland
792 vorangetrieben werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Bedürfnisse der
793 Bürger*innen Gazas im Mittelpunkt stehen - und die Sicherheit Israels gewahrt
794 wird. Hunderttausende Palästinenser*innen, die im Krieg ihr Zuhause verloren
795 haben, brauchen dringend Unterkunft und Hoffnung. Dabei muss insbesondere der
796 Schutz von Frauen und queeren Menschen berücksichtigt werden.

797 Zu einem glaubwürdigen Einsatz für eine Zweistaatenlösung zählen auch Schritte
798 gegen diejenigen, die ihn gezielt unterlaufen. Die Bundesregierung muss den
799 Kampf gegen die Terrorgruppen Hamas, Hisbollah und andere islamistische Gruppen
800 unterstützen. Dabei gilt es auch, Unterstützerstrukturen in Deutschland noch
801 stärker in den Blick zu nehmen und die Terrorismusfinanzierung aus Deutschland
802 zu unterbinden. Der Druck auf das iranische Regime als eine der brutalsten
803 Machtapparate gegen Menschen- und Frauenrechte und zugleich Treiber der
804 Bedrohung Israel und Destabilisierung der gesamten Region muss massiv verstärkt
805 werden. Wir setzen uns weiter für die rechtssichere Terrorlistung der iranischen
806 Revolutionsgarden auf EU-Ebene und klare Sanktionen gegen das Regime ein.
807 Deutschland muss jetzt vor allem auf die Regierung Netanjahu Druck ausüben, um
808 den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und die Annexionspläne zu stoppen. Es
809 braucht jetzt eine Ausweitung der Sanktionen gegen gewalttätige Siedler sowie
810 eine konsequente Umsetzung des Prinzips, dass Vorteile, die Israel gegenüber
811 anderen Drittstaaten genießt, nicht den Siedlungen, Siedler*innen und dort
812 tätigen Unternehmen zugute kommen. Auch für Unternehmen, die am Siedlungsbau
813 verdienen, muss das Konsequenzen haben. Finanzielle und wirtschaftliche
814 Zusammenarbeit zwischen der EU und Israel darf in keiner Weise den Siedlungen

815 zugutekommen. Darüber hinaus setzen wir uns für Sanktionen gegen den
816 israelischen Finanzminister Bezalel Smotrich und den Minister für Nationale
817 Sicherheit Itamar Ben-Gvir ein. Hier muss Deutschland seine Blockade im
818 Europäischen Rat endlich aufgeben.

819 Das EU-Assoziierungsabkommen enthält starke positive Anreize zur Einhaltung des
820 Völkerrechts. Der beiderseitige Respekt für Menschenrechte und demokratische
821 Prinzipien ist nach Artikel 2 des Abkommens ein essenzieller Bestandteil der
822 engen Kooperation zwischen Israel und den Ländern der Europäischen Union. Wir
823 halten die Anwendung der Menschenrechtsklausel für notwendig. Die
824 Bundesregierung sollte gemeinsames europäisches Vorgehen nicht länger blockieren
825 und den Weg frei machen für eine Teilaussetzung des Abkommens, falls Israel
826 seine völkerrechtlichen Verpflichtungen weiterhin nicht erfüllt. Davon unberührt
827 bleiben muss die Zusammenarbeit mit der israelischen Zivilgesellschaft und
828 Forschung als wichtige Brücken zwischen unseren eng verbundenen Gesellschaften.

829 Zu einem Friedensprozess gehört auch die rechtliche und politische Aufarbeitung
830 von Kriegsverbrechen. Deutsche und europäische Nahostpolitik soll aktiv dafür
831 werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet werden. Wir stehen an
832 der Seite der rechtsstaatlichen Kräfte in Israel, die zu Hunderttausenden für
833 den Erhalt der unabhängigen Justiz auf die Straße gehen. Darüber hinaus spielt
834 die internationale Gerichtsbarkeit - insbesondere der Internationale
835 Strafgerichtshof (IStGH) - eine zentrale Rolle, wenn ein Staat nicht willens
836 oder nicht in der Lage ist, die Ermittlungen oder die Strafverfolgung selbst
837 ernsthaft durchzuführen. Von der Bundesregierung fordern wir eine verstärkte
838 Unterstützung des IStGH, um ihn wirksam vor Sanktionen und
839 Delegitimierungskampagnen zu schützen und die Einhaltung des Römischen Statuts
840 zu stärken, auch im Hinblick auf die Haftbefehle gegen den israelischen
841 Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu und den ehemaligen israelischen
842 Verteidigungsminister Yoav Gallant. Für diese Aufarbeitung ist auch die
843 Medienberichterstattung sowie der freie Zugang der Presse und VN-mandatierte
844 Untersuchungskommissionen entscheidend. Wir fordern unverzüglich den
845 uneingeschränkten Zugang für unabhängige internationale Journalist*innen in den
846 Gazastreifen.

847 Doch nicht allein die Politik zählt jetzt. Der Weg zum Frieden braucht den
848 Rückhalt einer starken Zivilgesellschaft. Wir stehen solidarisch an der Seite
849 der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft, die sich für
850 Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Dialog, ein Ende der Besatzung,
851 Gleichberechtigung und gegenseitige Anerkennung einsetzen. Sie spielen eine
852 Schlüsselrolle für einen nachhaltigen Frieden sowie die Verteidigung
853 demokratischer Institutionen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese
854 Zivilgesellschaft zu stärken, in Israel wie in Palästina. Wir lehnen die
855 Beschränkung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und die
856 Diffamierung sowie Kriminalisierung ihres Engagements ab. Dazu gehört etwa die
857 von der israelischen Regierung geplante Besteuerung auf ausländische öffentliche
858 Mittel für NGOs.

859 Wir stellen uns außerdem entschieden gegen Boykottaufrufe, die israelische oder
860 palästinensische Wissenschaftler*innen, Kulturschaffende, Sportler*innen oder
861 Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft ausgrenzen. Diese
862 Bestrebungen ziehen die ganze Gesellschaft in Mitleidenschaft – nicht zuletzt
863 diejenigen, die für Demokratie und Frieden kämpfen - und erschweren

864 Verständigung. Auch Palästinenser*innen, die ihr Recht auf friedlichen Protest
865 ausüben und von der Hamas und internationale Terrornetzwerke bedroht werden,
866 brauchen unseren Schutz. Mit Israel teilen wir zentrale Werte, auch wenn der
867 demokratische Rechtsstaat unter Druck steht. Wir stehen an der Seite derjenigen,
868 die sich für die demokratische Verfasstheit Israels und den Schutz seiner
869 Bevölkerung vor dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und
870 demokratischen Strukturen einsetzen, genauso wie wir alle unterstützen, die
871 genau diese Werte für einen palästinensischen Staat wollen.

872 Die Diskussionen um Israel und Palästina werden in Deutschland in den
873 vergangenen zwei Jahren zunehmend polarisiert geführt. Es ist unsere Aufgabe als
874 Partei, auf allen Ebenen inklusive Räume für differenzierte und respektvolle
875 Debatten zu schaffen und jüdische wie palästinensische Communities einzubinden.
876 Wir müssen als Partei zeigen, dass es kein Widerspruch ist, sich Antisemitismus
877 klar entgegenzustellen und für das Selbstbestimmungsrecht von
878 Palästinenser*innen und die Einhaltung des Völkerrechts einzustehen.